„Linke" noch „Rechte" werden einen Kampf gegen die Kapitalisten führen. Beider Handlungen sind darauf eingestellt, die Arbeiter bei der Stange zu halten.

Wenn an anderer Stelle die „Linken" die Kriegsfrage aufrollen und dort Gegensätze konstruieren, dann gilt wieder nur, Rietsch spricht aus, was er denkt, die Linken heucheln. Sie unterstützen die Politik, die zum Kriege treibt, wie die Rechten. Sie sind für Genf und Locarno. Sie machen in der gleichen Weise Rußlandhetze.

Diese gemeinsamen Züge der Linken und Rechten darf die Arbeiterschaft nicht übersehen. Gerade die Erkenntnis derselben ist für die Arbeiter von größter Bedeutung.

Die KPD steht dieser Politik als die einzige, wirklich für die werktätigen Massen kämpfende Partei gegenüber. Die Arbeiter müssen mit der KPD gemeinsam kämpfen. Bei den Wahlen gehört die Stimme der Arbeiter den Kommunisten, auf jeden Fall muß verhindert werden, daß in den neuen Landtag eine Mehrheit einzieht, die die jetzige Politik fortsetzt. Verhindert werden muß, daß die Arzt und Liebmann unter Täuschung der Arbeiter in die Bürgerfront schwenken können. Es muß klare Bahn werden, die Freunde der Kapitalisten müssen sich enthüllen.

Deswegen gilt der Kampf für ein **rotes Arbeitersachsen; deswegen gehört die Stimme der Werktätigen den Kommunisten!**

Rebellion in der SPD

Mitglieder und Funktionäre verweigern die Arbeit zur Werbewoche!

Der Beschluß der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD Groß-Berlins hatte gefordert, daß die preußische Landtagsfraktion der SPD gegen den Schandvertrag mit den Hohenzollern stimmen müsse. Die Heilmann und Leinert aber pfiffen auf die Resolution der unteren Funktionäre und haben im Landtag — gedeckt durch ein gewaltiges Schupoaufgebot, Kriminalbeamte und Polizeispitzel — durch Stimmenthaltungen für die Volksausraubung durch die Hohenzollern gestimmt. Die sozialdemokratischen Minister Braun und Grzesinski haben den Pakt, der dem Deserteur Wilhelm 500 Millionen zuschanzt, abgeschlossen, um dafür als Gegenleistung in die Große Koalition im Reiche zu kommen. Der Parteivorstand der SPD hat also ausdrücklich die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und ihrer Mitglieder gefordert.

Die Spekulation auf die Lammsgeduld der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre scheint diesmal falsch gewesen zu sein. Die Entscheidungen der SPD-Führer, die brutal über den Willen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft hinweggingen, haben zur offenen Rebellion in vielen Groß-Berliner Bezirken geführt. Die Zahlabende der Sozialdemokratischen Partei in Weißensee nahmen Entschließungen an, die besagten, daß durch die Politik des Parteivorstandes und der Landtagsfraktion eine Werbearbeit für die Partei unmöglich sei und daß man infolgedessen **während der Werbewoche keine Werbearbeit für die Partei leisten werde.** Die SPD-Funktionäre in Neukölln und in Schöneberg haben ähnlich beschlossen. Sie und noch andere Abteilungen der SPD haben abgelehnt, an den für gestern angesagten Demonstrationen teilzunehmen. Die Demonstrationen sind deshalb in diesen Bezirken abgesetzt worden.

Die Werbewoche der SPD begann schon sehr unglücklich mit einer langen, lendenlahmen Entschuldigung des Parteivorstandes im „Vorwärts", genannt „Aufruf an die Partei". Der Streikbeschluß der Mitglieder und Funktionäre, die ehrlich empörte Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Hohenzollernknechtspolitik und die Ministersessel-Wünsche ihrer Führer werden die Werbewoche der SPD so verlaufen lassen, wie es diese Partei durch ihre Politik verdient hat. Anstatt Erfolge in der Gewinnung neuer Mitglieder zu haben, wird sie viele Mitglieder verlieren und bei vielen anderen Arbeitern innerhalb der eigenen Partei erst eine Werbewoche durchführen müssen, um sie nicht auch zu verlieren.

Ein Betrugsmanöver der SPD

Nachdem die Sozialdemokraten in Preußen die Erledigung des Hohenzollerngesetzes ermöglicht haben, vollführen sie jetzt, erschreckt von der Massenstimmung, ein Manöver, um die Arbeiter zu betrügen und abzulenken.

Die Reichstagsfraktion hat ein Gesetz eingereicht, daß die Volkszeitung am Sonnabend groß ankündet. In diesem Gesetz ist vorgesehen, daß die Fürsten ausgewiesen werden können, wenn sie das „Wohl der Republik gefährden". Wilhelm dem Zweiten soll das „Betreten des Reichsgebiets untersagt" werden. Wenn er feindliche Handlungen gegen die Republik unternehme, soll das Vermögen beschlagnahmt werden.

Das Einbringen des Gesetzentwurfes ist, nachdem die SPD die Hohenzollernabfindung ermöglicht, eine freche Verhöhnung der Arbeiter. Kein Arbeiter wird diese Interpellation der SPD-Führer ernst nehmen.

Es besteht keine Garantie, daß ein solches Gesetz durchgeführt wird, stehen doch die Behörden der Republik nach wie vor auf seiten der Monarchisten. Erst jetzt hat Hindenburg diesen wieder einen neuen Freibrief gegeben durch sein Verhalten bei der Totenfeier für v. Heeringen.

Was die SPD-Führer jetzt unternehmen, wird von ihnen selbst nicht ernst genommen. Das ist nur Beruhigungspulver, das nichts kostet und für das selbst die Bürgerlichen eintreten können. Der Kampf gegen die Fürsten mußte bei der Verabschiedung des Hohenzollernausgleichs durch den Rücktritt der SPD aus der Preußenregierung und die Aufrufung der 15 Millionen Wähler erfolgen. Das wurde unterlassen. Dort liegt das Verbrechen der SPD-Führer, das sie mit heuchlerischen Manövern nicht wieder abwaschen können.

Noch ein Verwirrungsmanöver

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" verbreitet in der gesamten sozialdemokratischen Presse einen Artikel, in dem er mit tollen Entstellungen und wüsten Schimpfereien auf die KPD die Fürstenabfindung in Preußen zu rechtfertigen versucht. Der „Linken" in Sachsen, die die Hohenzollernabfindung feste mit verteidigt, wird ob der wüsten Kanonade des Parteivorstandes und der tatsächlichen Erregung der Arbeiter bange. Die „Volkszeitung" selbst rückt deswegen von dem Artikel ab und schreibt:

„So sehr wir die Gesichtspunkte, die unsere preußische Landtagsfraktion für ihre Stellungnahme anführt, zu würdigen wissen, so wenig erscheint uns die Stimmenthaltung in diesem Falle die richtige Taktik. Es hätten sich im Kampf mit dem Hohenzollernhaus noch andere Mittel und Wege geboten, um zu einem billigeren Vergleich zu kommen. Wenn auch das Sperrgesetz in einigen Monaten abläuft, so hätten Reichstag und Reichsregierung es doch kaum darauf ankommen lassen können, daß die Hohenzollern wegen der Anforderungen einen Prozeß gegen den preußischen Staat einleiten. So wäre wahrscheinlich die Geltungsdauer des Sperrgesetzes verlängert worden. Vielleicht wären dann die Hohenzollern mürber geworden und wären einen für den preußischen Staat günstigeren Vergleich eingegangen, ganz abgesehen davon, daß ja das deutsche Volk auch noch da ist und man vielleicht durch eine Volksbewegung den Reichstag und die Reichsregierung hätte zwingen können, durch ein Reichsgesetz die Abfindungsfrage in einer für die Volksmassen erträglichen Weise zu lösen.

Wir wissen, daß die bürgerlichen Parteien gegen eine Fortsetzung des Kampfes alle nur erdenkbaren Widerstände geleistet hätten. Aber dadurch hätten sie gleichzeitig die volle Verantwortung für das Ergebnis übernommen. Unserer preußischen Fraktion hätte es vor allem darauf ankommen müssen, die Verantwortung für dieses unzureichende Kompromiß den bürgerlichen Parteien zu überlassen, die daran schuld sind, daß der Volksentscheid nicht durchdrang und daß im Reichstag keine vernünftigere Regelung der Abfindungsfrage zustande kam.

Unsere preußische Fraktion denkt selbstverständlich nicht daran, die Verantwortung für das Zustandekommen dieses Vergleichs mit auf ihre Schultern zu nehmen; sie weist ganz richtig darauf hin, daß dieses Kompromiß den Parteien der Fürstendiener und der Flaubeit unserer bürgerlichen Mittelparteien im Volksentscheidkampf zu danken ist. Aber mit der Stimmenthaltung kommt diese Ablehnung der Verantwortung nicht so deutlich zum Ausdruck, wie es im politischen Kampf nun einmal notwendig ist."

Zu diesem Geschreibsel möchten wir vor allen Dingen einmal feststellen, daß auch hier keine Forderung eines grundsätzlichen Kampfes um die Ablehnung ist. Aber weshalb kommt die „Volkszeitung" erst jetzt damit, daß man nicht hätte zustimmen dürfen, weshalb hat sie nicht Massenversammlungen gegen die Abfindung einberufen, als noch nicht entschieden war? Die sächsischen „Linken" wollten keine Störung der Berliner Vorgänge. Jetzt vollführen sie nur Verwirrungsmanöver.

Die kommunistische Landtagsfraktion zu dem Ueberfall Osterroths

Erklärung.

Entgegen der Behauptung, ich hätte gegen die Frau des Abgeordneten Osterroth ehrenrührige Aeußerungen getan, stelle ich fest, daß ich keine derartigen Aeußerungen getan habe und daß ich sie, wenn sie gefallen sein sollten, ebenso mißbilligen würde, wie meine Fraktion sie verurteilt. Schulz-Bressen.

Wir erklären hierzu, daß wir, wenn Zurufe der geschilderten Art gefallen sein sollten, diese schärfstens mißbilligen. Unser Kampf ist ein politischer und wird von uns mit politischen Mitteln und Argumenten geführt.

Wir lassen aber auch keinerlei Zweifel darüber, daß wir der sozialdemokratischen Fraktion in keiner Weise das Recht zugestehen, moralische Entrüstung zu spielen, nachdem sie sich nie gescheut hat, gegen Mitglieder der kommunistischen Fraktion die ehrenrührigsten Anwürfe in zahllosen Fällen zu richten.

Wir werden Osterroth, ohne nach seinen Familienverhältnissen zu fragen, rücksichtslos bekämpfen wegen seiner Haltung in der Abfindungsfrage, wegen seiner unsozialen arbeiterfeindlichen Politik in der Preußag, wegen seiner Gewerkschafts- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, kurzum wegen seiner mit den Interessen der Werktätigen im schärfsten Widerspruch stehenden politischen Gesamthaltung. Wir werden nicht zulassen, daß diese arbeiterfeindliche Politik Osterroths und der Sozialdemokratie durch moralinsaure Ablenkungsmanöver verdeckt wird.

Kommunistische Landtagsfraktion.

Schafft Pulver für die Landtagswahl!

Massenkundgebung der Dresdner Arbeiterschaft

am Donnerstag, den 21. Oktober, abends 6,30 Uhr

in den „Annensälen", Fischhofplatz. Redner: Gen. Leow, Berlin (Mitglied der Bundesleitung des RFB);

im „Bürgergarten", Löbtau. Redner: Landtagsabgeordneter Dr. Schmincke;

in „Watzkes Volkstablissement", Neustadt. Redner: Landtagsabgeordneter Renner.

Für ein rotes Arbeitersachsen!

„Ultor"-Dorpmüller wird bestätigt

Berlin, 18. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Eine Morgenzeitung meldet, daß heute die Bestätigung des Generaldirektors der Reichsbahn, Dorpmüller, erfolgen wird. Die Bestätigung hängt von der Entscheidung Hindenburgs ab, der heute in Berlin eintrifft. Sie hat sich dadurch verzögert, daß die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und der Verwaltung des Rates der Reichsbahn nicht zu Ende geführt werden konnten. Es handelt sich nur noch um die Frage, ob die Reichsregierung vor der Ernennung des Generaldirektors gefragt werden soll.

Die Unterwerfung der Opposition

Eine Erklärung Sinowjews, Trotzkis und der übrigen Oppositionsführer.

Moskau, 17. Oktober. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: **Die Oppositionsführer Sinowjew, Trotzki, Kamenew, Pjatakow, Sokolnikow und Jewdokimow haben eine Erklärung über ihre vorbehaltlose Unterwerfung unter sämtliche Entschließungen des 14. Parteikongresses und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger dazu aufzufordern, sämtliche um die Opposition gebildeten fraktionellen Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und Leningrad die Entschließungen des Zentralkomitees über die Unzulässigkeit der Diskussion verletzt haben, und verpflichten sich, von der rechten Schljapnikow-Gruppe entschieden loszusagen und jegliche Unterstützung fraktioneller Gruppen der einzelnen Kominternsektionen, sei es Ruth Fischer, Maslow, Deutschland, Souvarine, Frankreich, Bordiga, Italien, aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortung für ihre Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Einstellung des fraktionellen Kampfes seitens der Opposition die Möglichkeit schaffen wird, alle reuigen Oppositionsanhänger in die Partei wieder aufzunehmen. Sie erklären zum Schluß, daß sie sich verpflichten, die Liquidierung des fraktionellen Kampfes, sowie den Kampf gegen erneute Verstöße gegen die Parteidisziplin in jeder Weise zu unterstützen.**

Eine gleichzeitig veröffentlichte Mitteilung des Zentralkomitees stellt fest, daß das für die Sicherung der Parteieinheit erforderliche Mindestmaß durch die Erklärung der Opposition erreicht worden ist.

Wieder einmal hat die Arbeiterschaft Rußlands gezeigt, daß sie die Lehren und Erfahrungen Lenins nicht vergessen. Die KPdSU hat ein paar abtrünnig schwankende Intellektuelle zur Ordnung gerufen. Die Hoffnungen der Feinde der proletarischen Diktatur, der gesamten bürgerlichen Organisationen, der Sozialdemokraten und auch der Katz-Gruppe sind wieder einmal zuschanden geworden. Unter dem Banner Lenins siegte die Arbeiterklasse in Rußland, unter dem Banner Lenins marschiert sie vorwärts.

Entscheidende Kämpfe in China

London, 18. Oktober. (Telunion.) Aus Peking wird gemeldet: **Der Zivilgouverneur der Provinz Tschekiang hat seine Unabhängigkeit von General Suntschuangfang erklärt und ist mit seiner Armee von 20 000 Mann auf Schanghai marschiert. Die Brücken zwischen Schanghai—Hankau sind in die Luft gesprengt worden. General Suntschuangfangs Truppen seien nach dem Abfall des Gouverneurs eine neue Stellung eingenommen, um den Vormarsch der Truppen aufzuhalten. Die Brücken in der Umgebung von Schanghai sind unterminiert, da man mit Kampfhandlungen in Schanghai rechnet.** Man vermutet, daß der Abfall des Befehlshabers zu einer entscheidenden Aenderung der Lage des Generals Suntschuanfang führen wird. Der Fall von Schanghai wird unvermeidlich sein, wenn Suntschuangfang nicht rechtzeitig Verstärkung von Nanking erhalten sollte.

Zusammenstöße englischer Bergarbeiter mit der Polizei

London, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag ist es bei den Kohlengruben bei Fort Talbet zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und streikenden Bergleuten gekommen. Eine große Anzahl von Polizisten und Bergarbeitern wurden verletzt. 600 Streikende, darunter viel Frauen, verlangten, daß die in den Kohlengruben unter Polizeischutz arbeitenden Streikbrecher die Arbeit niederlegen sollten. Als die Polizei die Streikenden mit dem Gummiknüppel zurücktreiben wollte, gingen diese zum Gegenangriff über. Es kam zu einem wütenden und erbitterten Handgemenge. Der Kommandeur der Polizeiabteilung und weitere acht Polizisten wurden schwer verwundet. Blutüberströmt mußten sie vom Platz getragen werden. Als die Polizei Verstärkung erhielt, zogen sich die Bergarbeiter auf einen nahen Hügel zurück. Erst nachdem weitere 12 Polizisten verwundet waren, gelang es der Polizei, den Hügel zu nehmen, auf dem sich die Bergleute festgesetzt hatten und mit einem schweren Steinhagel die Angreifer überschütteten.

Larissa Reißners Barrikadenbuch verfilmt!

Wir entnehmen der dieser Tage erscheinenden Nr. 20 der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW. 7), die sich wieder durch bestes Bildmaterial, u. a. über die Wahlen in Sachsen, über die Polizeiausstellung, den Stahltrust und den Hamburger Hafenarbeiterstreik auszeichnet und Enthüllungen gemeiner Wahlligen der „Bürgerlichen" enthält, folgenden interessanten und aufschlußreichen Aufsatz:

Gerade in diesen Tagen, da der Hamburger Hafenarbeiterstreik das erste Signal für ein Aufleben der Streikbewegung in Deutschland war und nur dank der Gerissenheit der Gewerkschaftsbureaukraten, die den Buchstaben über das Gebot und den Paragraphen über die Lebensnotwendigkeit der schwer frondenden Hafenarbeitermassen stellt, abgewürgt wurde, erinnert sich jeder wieder unwillkürlich an die heldenhaften Taten des Hamburger Proletariats. Damals stand in Hamburg, Schiffbeck, Warmbeck und Hamm ein heldenhaftes Quadre kämpfender Hamburger Revolutionäre auf den Barrikaden gegen eine Uebermacht schwerbewaffneter Soldateska der Bourgeoisie. Damals kämpften die Hamburger Proletarier, Männer und Frauen, Greise und Kinder, zum letzten entschlossen, unter Aufbietung aller Kräfte für ihre Freiheit, für die Freiheit des gesamten Proletariats. Die Barrikadenkämpfe von Hamburg sind eine der dunkelsten Erinnerungen in dem Gedächtnis der Bourgeoisie. Damals zitterten, die heute wieder auftrumpfen, damals verkrochen sich, die jetzt wieder frech provozieren.

Larissa Reißner, die große russische Schriftstellerin, hat kämpfend auf Hamburgs Barrikaden gestanden. Später hat sie die Heldentage des Hamburger Proletariats in ihrem schönen Buch „Hamburg auf den Barrikaden" (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1925) meisterhaft aufgezeichnet. Wir kennen die Geschichte dieses Buches: seine Beschlagnahme, den Protest des Verlages und das endgültige Verbot durch den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik. Wir sagten schon, die Bourgeoisie zittert heute, wenn sie sich jener Tage erinnert. Es ist nur logisch, daß ihr treuester Kommis, der Staatsgerichtshof in Leipzig, das Gedenkbuch der großen russischen Dichterin vernichten mußte. Aber wie die nebligen Oktobertage in Hamburgs feuchten Straßen nicht zu streichen sind, so ist auch das Barrikadenbuch der Larissa Reißner nie mehr zu vernichten. In Deutschland ist es vorläufig verboten — aber in Rußland, in der Tschechoslowakei und in vielen anderen Ländern wird es von Millionen Proletariern begeistert gelesen. Ja, die Filmleute der Sowjetunion fühlten sich so angeregt von dem Buche, daß sie beschlossen, es auf die Leinwand zu bringen, um die unvergeßlichen Tage auf Hamburgs Barrikaden dem letzten Industrieproleten, dem fernsten sibirischen Muschik zu zeigen. — die deutsche Republik, die bekanntlich ihren Bürgern die Freiheit in Wort, Bild und Schrift garantiert, wird auch den Film „Hamburg auf den Barrikaden" verbieten, wie sie das Buch verboten hat. Aber eins kann sie nicht verbieten: die Erinnerung an die Hamburger Heldentaten, als ob sie gestern geschehen wären.

Es wäre zu wünschen, daß auch die deutschen Arbeiter recht bald die Möglichkeit bekommen, diesen Film, der in Moskau in ausverkauften Häusern läuft, zu sehen.

Ein neues Meisterwerk der russischen Filmkunst

Die Filmgesellschaft „Meschrabpom-Ruß" (ZUS) in Moskau hat ein neues Werk vollendet, das sich würdig dem „Panzerkreuzer Potemkin" zur Seite stellt. Das Thema dieses Films, „Die Mutter", ist dem Roman Gorkis entnommen. Es ist ein Film aus der Vorrevolutionszeit, der die jüngste russische Vergangenheit wieder auferstehen läßt. Genossin Uljanowa (Lenins Schwester) äußerte sich über diesen Film:

„Die Bilder, die den unterirdischen revolutionären Kampf schildern, sind von größter erzieherischer Bedeutung für die Jugend."

Lunatscharski schreibt über die künstlerische Aufführung:

„Der ganz junge Regisseur des Meschrabpom-Ruß, Pudowkin, schenkt uns „Die Mutter" ... Ich behaupte, daß dieser Film fast zu hundert Prozent so aufgenommen ist, daß man glaubt, der Kino-Operateur hätte durch ein Zauberwunder die längst vergangene Wirklichkeit selbst photographieren können. Das Spiel der Schauspieler ist nicht zu merken. Da gibt es keine einzige Figur, nicht einmal Gestalten aus der Menge, die nicht künstlerisch typisch wären."

Douglas Fairbanks, der vor kurzem Sowjetrußland besucht hat, sprach sich außerordentlich lobend über den Film „Die Mutter" aus.

Das Volk befiehlt ... der General gehorcht

Vor wenigen Tagen stand der völkische General Epp, einer der blutbesudelten monarchistischen Arbeiterschlächter, als Zeuge vor dem Münchener Femeausschuß ... unverschämt die Hände in den Hosentaschen. Der Hauptmann von Röhm erklärte an der gleichen Stelle, er gäbe einem Sozialisten, „einem jüdischen Hochverräter", überhaupt keine Auskunft. Die Mitglieder des Ausschusses verhielten sich diesen frechen Provokateuren gegenüber ziemlich hilflos. Ihnen könnte der Revolutionär Saint-Just, einer der Führer der großen französischen Revolution, klarmachen, wie ein Abgeordneter des Volkes Generale zu behandeln verstand. Wir entnehmen die beiden nachfolgenden Armeebefehle Saint-Justs dem Bändchen III aus der Serie „Redner der Revolution" (Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7, RM 1.—), das jeder Werktätige kennen sollte:

Straßburg, am elften Tage des zweiten Monats des Jahres zwei.

General!

Sie erlassen sofort den Befehl, daß alle Offiziere, auch die des Generalstabes, gemeinsam mit den Soldaten kämpfen müssen und gemeinsam mit der Truppe die Mahlzeiten einnehmen haben.

Saint-Just Le Bas.

Marchienne-au-Pont, am ersten Monat des Jahres zwei.

Die Generäle Balland und Desjardins sind beauftragt, alle Briganten der Umgebung in drei Tagen zu töten. Wenn ihnen diese Säuberung des Terrains binnen drei Tagen nicht gelingt, so werden die beiden Generäle erschossen.

Saint-Just Le Bas.

Wegen Maschinendefekts erscheinen wir heute verspätet.

Verlag und Redaktion